

Entschließungsantrag

der Abgeordneten **Philip Kucher, Mag.a Andrea Kuntzl, Maximilian Lercher,**
Genossinnen und Genossen

betreffend **Kampf gegen den Ärztemangel durch gezielte Maßnahmen wie z.B. der Verdoppelung der Studienplätze**

Lange Zeit galt der Ärztemangel als vergleichsweise kleine Bedrohung. Im internationalen Vergleich nämlich schien es, als verfüge Österreich über ausreichend Mediziner, um nicht in eine gefährliche Mangelversorgung zu rutschen. Das allerdings erweist sich als Trugschluss.

Der Ärztemangel ist ein Problem, das nicht nur wegen geringer Ärztezahlen entsteht, sondern vor allem aus der Altersstruktur und der Teilzeitquote resultiert. In Österreich zeigt sich, dass über 30 Prozent der Mediziner bereits in einem Jahrzehnt in Pension gehen könnten. Im Bereich niedergelassener Ärzte gilt dies sogar für nahezu jeden zweiten. Auf diese Weise entstehen Lücken, die der Nachwuchs nicht füllen kann.

Wir brauchen pro Jahr mindestens 1.450 Ärzt*innen (um Status quo zu erhalten), wir haben aber nur 840. Es gäbe genug, man muss sie nur lassen: Rund 16.000 junge Menschen wollen pro Jahr Ärzt*innen werden, nur 1.850 bekommen 2022 einen Platz.

Gleichzeitig steuert Österreich ungebremst auf einen Ärztemangel zu und unser Gesundheitspersonal in den Spitälern ist aufgrund des bereits vorhandenen Personalmangels einer hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt. Diese Arbeitsbelastung hat sich während der Corona-Krise massiv verschärft.

Die SPÖ schlug bereits in der Vergangenheit ein Bündel an Maßnahmen vor, mit dem Verbesserungen im Bereich der Ausbildung und im Bereich der Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal – Ärzt*innen und Pfleger*innen – rasch umgesetzt werden könnten.

Insbesondere werden wir in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Ärzte brauchen. Es sollten daher auch mehr Ärzt*innen ausgebildet werden, indem man die Medizinstudienplätze deutlich erhöht. Dazu muss die Bundesregierung den Universitäten aber auch die finanziellen Mittel einräumen.

Für alle Ärzt*innen, die im niedergelassenen Bereich tätig sind, oder es künftig sein wollen, soll in Zukunft die Möglichkeit offenstehen, einen Kassenvertrag zu erhalten. Unabhängig vom bisherigen Stellenplan. Auf Grund der bevorstehenden Pensionierungswelle ist die Sachleistungsversorgung der Bevölkerung gefährdet. Immer mehr muss auf Wahlärzt*innen ausgewichen werden, die sich aber nicht alle leisten können. Wir brauchen daher mehr Kassenärzt*innen, die auf Kosten der Krankenkassen Gesundheitsleistungen erbringen. Durch die Öffnung des Zuganges zu Kassenverträgen kann hier Vorsorge getroffen werden.

Auch bedarf es zusätzlicher Anreize für die Sicherstellung der Sachleistungsversorgung in ländlichen Gebieten. Das Stadt-Land-Gefälle in Bezug auf die Besetzung von Kassenvertragsstellen ist unübersehbar. Entsprechende Anreize bei Praxisgründung oder auch besseren Arbeitsbedingungen (mehr Primärversorgungseinrichtungen) können hier entgegensteuern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachfolgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, folgendes Maßnahmenpaket im Kampf gegen den Ärztemangel sofort umzusetzen:

- Verdoppelung der Medizinstudienplätze in Österreich, die daran geknüpft werden, nach Abschluss der Ausbildung im öffentlichen Gesundheitsbereich und/oder im Sachleistungsbereich (Kassenvertragsstelle) für eine bestimmte Zeit tätig zu sein
- Ausstattung der Universitäten mit den dafür erforderlichen Budgets
- Anreize für Medizinstudent*innen und Ärzt*innen im Land zu bleiben und/oder Allgemeinmediziner*in zu werden z. B mit Stipendien; durch Vorreihung bei der Zuteilung von Ausbildungsplätzen oder Praxisgründungsunterstützungen
- Arztberuf aufwerten: verstärkter Fokus auf bezahlte Praktika in der Ausbildung
- Facharzt für Allgemeinmedizin, um Beruf des Hausarztes zu attraktiveren
- Kassenverträge für alle Ärzt*innen, die einen Vertrag wollen
- Bessere Arbeitsbedingungen: z.B. weniger „Einzelkämpfertum“ durch mehr Primärversorgungseinrichtungen und andere Kooperationsmöglichkeiten, weniger belastende Bereitschaftsdienstregelungen, attraktive Arbeitsinhalte, Entbürokratisierung, Teilzeitmöglichkeiten und Kinderbetreuungseinrichtungen.“

Nussbaum
(NUSSBAUM)

Kocher
(Kocher)

Stöckl
(Stöckl)

Kocher
(Kocher)

Muchitsch
(MUCHITSCH)

Gruber
(Gruber)

Zuweisungsvorschlag: Gesundheitsausschuss

Kunze
(Kunze)

